

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Bern, 15. April 2024 / CW
VL GAV

Elektronischer Versand: info.paga@seco.admin.ch

Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (Umsetzung der Motionen 20.4738 Ettlín «Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen» und 21.3599 WAK-N «Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen») Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung zu oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Wie der Titel besagt, schlägt der Bundesrat mit dieser Gesetzesänderung die Umsetzung zweier vom Parlament angenommener Motionen vor. Da beide Motionen Änderungen am Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AVEG) erfordern, wird eine gemeinsame Vorlage vorgeschlagen.

Die Motion Ettlín [20.4738](#) verlangt eine Anpassung des AVEG, um sicherzustellen, dass die Bestimmungen eines allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrages (GAV) zu Mindestlohn, 13. Monatslohn und Ferienanspruch Vorrang vor anderslautenden kantonalen Bestimmungen haben. Die Kommissionsmotion der WAK-N [21.3599](#) beauftragt hingegen den Bundesrat, die erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, damit die paritätischen Kommissionen (PK) der allgemeinverbindlich erklärten GAV verpflichtet werden, ihre Jahresberichte zu veröffentlichen. Des Weiteren fordert sie, dass die PK über die Zweckbestimmung der Mittel im Fondskapital Rechenschaft ablegen und deren Verwendung transparent machen.

FDP.Die Liberalen hat beide Motionen im Parlament aus verschiedenen Gründen unterstützt. Erstens ist es entscheidend, dass gesamtschweizerische Vereinbarungen sowohl für Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber gelten und nicht durch regionale Regelungen untergraben werden können. Dies schafft einheitliche Standards und faire Bedingungen für alle Beteiligten. In diesem Sinne ist die FDP nun auch mit dem Umsetzungsvorschlag des Bundesrats in Bezug auf die Motion Ettlín 20.4738 einverstanden und kann die Beschränkung auf den Mindestlohn nachvollziehen. Zweitens befürwortet die FDP die Forderung nach Transparenz und Offenlegung bei der Verwendung von Fondskapital und anderen Mitteln durch die PK. Diese Massnahme stärkt das Vertrauen der Öffentlichkeit in das System der Gesamtarbeitsverträge und gewährleistet, dass die Gelder im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verantwortungsvoll eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang unterstützt die FDP weiterhin das Bestreben der Motion 21.3599 der WAK-N, mehr Transparenz einzufordern. Die Details der Umsetzung dieser Motion sind jedoch unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen vertieft abzuklären.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun